

»Die Jüngeren sollten den Vorzug erhalten«

SPIEGEL-Gespräch Der britische Philosoph Roger Crisp rät Regierungen zu einer kühlen Ethik der Vernunft in der Krise – was viele Menschen entsetzen dürfte.

Crisp, 59, ist Professor für Moralphilosophie am St. Anne's College in Oxford. Der Autor mehrerer Bücher zählt zu den führenden Utilitaristen, einer in Großbritannien einflussreichen Denkschule. Diese Lehre von der zweckorientierten Ethik besagt, dass Entscheidungen daran gemessen werden sollten, ob sie der größtmöglichen Zahl von Menschen das größtmögliche Wohlbefinden garantieren.

SPIEGEL: Herr Professor Crisp, die britische Regierung wollte in der Bewältigung der Coronakrise zunächst offenbar einen anderen Weg gehen als die meisten europäischen Staaten. Boris Johnsons Ansatz war, grob gesagt: Es werden ohnehin Menschen sterben, also lasst es uns schnell hinter uns bringen und für den Großteil der Briten eine Art »Herdenimmunität« erzeugen. Ist das, aus moralischer Sicht, verwerflich?

Crisp: Philosophen bezeichnen Fragen dieser Art oft als Problem der statistischen Leben. Viele Regierungen würden zum Beispiel sehr viel Geld dafür aufwenden, ein Kind zu retten, das in einen Brunnen gefallen ist. Oder nehmen Sie, als konkretes Beispiel aus jüngerer Zeit, diese Jungen, die in Thailand in einer Höhle eingesperrt waren.

SPIEGEL: Das war im Sommer 2018. Damals waren etwa tausend Rettungskräfte aus mehr als zehn verschiedenen Ländern daran beteiligt, eine Gruppe junger Fußballspieler aus einer überfluteten Höhle zu befreien.

Crisp: In Fällen wie diesen werden enorme Geldbeträge und andere Mittel bereitgestellt, um jemanden zu retten, den wir identifizieren können. Und das, obwohl wir wissen, dass es andere Möglichkeiten gäbe, dieses viele Geld auszugeben, und dass wir damit in Zukunft wahrscheinlich noch mehr Leben retten könnten. Aber weil wir nicht wissen, wer diese künftig Geretteten sein werden, geben wir das Geld nicht aus. Für mich als Utilitarist wirkt das irrational, aber sehr viele andere Menschen halten es für vernünftig.

SPIEGEL: Ist es nicht einfach nur richtig, so zu handeln?

Crisp: Auf einer theoretischen Ebene könnten Philosophen darüber jahrelang diskutieren. Aus meiner Sicht ist es leicht erklärbar, warum Menschen so handeln: Es ist eine Folge dessen, dass sich unsere Moralvorstellungen über die Zeit entwickelt haben. Wir haben eine Art Angesicht-zu-Angesicht-Moral ausgeprägt, eine, für die eine persönliche Bindung entscheidend ist. Uns bewegt daher sehr viel stärker die Not eines einzelnen Menschen, von dem wir ein Bild vor Augen haben, als die Not vieler, die von unserer Vorstellung weit weg sind. Die Frage ist, ob die persönliche Identifizierbarkeit von Elend bei ethischen Abwägungen eine Rolle spielen sollte. Ich bin geneigt zu sagen: Nein, das sollte sie nicht.

SPIEGEL: Kann es sein, dass Ihre Sichtweise im Vereinigten Königreich stärker ausgeprägt ist als anderswo?

Crisp: Das ist sicher so. Der Utilitarismus ist wahrscheinlich in unserem Land erfunden worden. Es gibt zwei Grundgedanken, die ihn tragen. Der erste: Alles, was im Leben zählt, ist die Frage, wie gut es einem Individuum geht.

SPIEGEL: Klingt reichlich hedonistisch.

Crisp: Die meisten Utilitaristen denken tatsächlich, der Sinn des Lebens bestehe im Wesentlichen aus Vergnügen. Man kann der Denkschule aber auch angehören, wenn man der Ansicht ist, dass noch andere Dinge zählen. Mit Individuum müssen übrigens nicht unbedingt nur Menschen gemeint sein, viele Utilitaristen sind und waren der Auffassung, dass Tiere genauso zählen.



Utilitarist Crisp

»Für mich wirkt das irrational«

SPIEGEL: Und der zweite Grundgedanke?

Crisp: Man sollte stets so handeln, dass man für die größtmögliche Zahl an Menschen das größtmögliche Glück erzielt. Und zweifellos sind manche Entscheidungen britischer Regierungen bis zu einem gewissen Grad von diesem Grundgedanken geprägt worden.

SPIEGEL: In der Coronakrise könnte man den anfänglichen britischen Ansatz als utilitaristisch bezeichnen. Bevor er die Briten unter Hausarrest stellte, war Boris Johnsons Ursprungsidee ja offenbar: Statt im ganzen Land sofort strikte Maßnahmen zu ergreifen – mit dem Risiko von Massenarbeitslosigkeit, Familientragödien, zivilen Unruhen und vielen Virustoten in einer zweiten Welle –, akzeptiert die Regierung, dass sofort eine bestimmte Zahl von Menschen stirbt.

Crisp: Das kann man so sehen. Ich bezweifle allerdings, dass es der Regierung dabei zuvörderst darum ging, maximale Zufriedenheit unter den Menschen im Vereinigten Königreich zu erreichen. Sie wollte wohl eher die Zahl der Toten in den kommenden Monaten minimieren.

SPIEGEL: Weil, so die Theorie, das Virus noch verheerender wüten könnte, wenn seine Ausbreitung erst massiv unterdrückt wird und es dann womöglich umso stärker zurückkommt.

Crisp: Und da die Wahrscheinlichkeit, an Corona zu sterben, unter betagten Menschen am größten ist, haben einige sich gedacht: Wir können das Leben von älteren Patienten opfern, denn aufs Ganze betrachtet wird es der Gesellschaft womöglich nutzen.

SPIEGEL: Das Problem war in diesem Fall nur, dass Forscher des Imperial College London in einer Modellrechnung für Großbritannien mehr als 250 000 Tote prognostizierten, sollte die Regierung ihren Herdenimmunität-Ansatz durchziehen. Das ist eine erschreckend große Zahl identifizierbarer Opfer.

Crisp: Nun, sie wären nicht wirklich alle identifizierbar gewesen. Aber zu Ihrem eigentlichen Punkt: Ältere und bereits kranke Menschen wären dem Virus wahrscheinlich weit überdurchschnittlich zum Opfer gefallen. Diese große Zahl an Toten

Das Gespräch führte der Redakteur Jörg Schindler telefonisch.



BACKGRID / ACTION PRESS

Skateboarder mit Schutzkleidung in London: »Größtmögliches Glück«

verglichen die Regierung mit der mutmaßlich noch größeren Zahl an Menschen, die ohne die sogenannte Herdenimmunität sterben würde. Natürlich hätte es Überschneidungen zwischen beiden Gruppen gegeben – Menschen wären gestorben, egal welche Strategie die Regierung verfolgt. Aber es hätte eben keine vollständige Überschneidung gegeben. Anders gesagt: Die Hoffnung war, so die Gesamtzahl der Toten geringer halten zu können.

SPIEGEL: Hätte die Regierung bei dieser Strategie bleiben sollen?

Crisp: Ich bin kein Epidemiologe, aber es scheint inzwischen Konsens unter Epidemiologen zu sein, dass dieser Ansatz nicht funktioniert hätte.

SPIEGEL: Das ist das klassische ethische Dilemma, oder? Wenn eine führerlose Straßenbahn den Hügel herunterrollen und fünf Menschen töten würde: Würde man sie, wenn man es könnte, so umleiten, dass nur einer stirbt?

Crisp: In der Coronakrise kann man das recht gut an der Versorgungslage in Krankenhäusern durchspielen. Nehmen wir medizinische Apparaturen, bei denen es einen Engpass gibt, Beatmungsgeräte zum

Beispiel. Manche würden sagen: Wir sollten auslosen, wer davon profitieren darf, so hat jeder dieselbe Chance. Andere denken: Nein, junge Leute sollten auf jeden Fall den Vorzug vor älteren genießen.

SPIEGEL: Was denken Sie?

Crisp: Meiner Ansicht nach hat niemand wirklich das Recht zu sagen: Ich allein bin im Besitz der Wahrheit, alle anderen liegen falsch. Aber mir scheint, dass bei sonst gleichen Bedingungen die Jüngeren den Vorzug erhalten sollten.

SPIEGEL: Gibt es in der Geschichte Beispiele dafür, dass eine Regierung willens war, eine bestimmte Zahl von Bürgern zu opfern, um damit dem Wohl aller anderen zu dienen?

Crisp: Nun, einen klassischen Fall soll es während des Zweiten Weltkriegs in Großbritannien gegeben haben. Es heißt, Churchill

habe gewusst, dass deutsche Kampfflugzeuge kommen würden, um die Industriestadt Coventry zu zerstören. Er entschied sich allerdings dafür, nichts zu tun, damit die Nationalsozialisten nicht Wind davon bekommen, dass die Briten ihre verschlüsselten Nachrichten mittels der Enigma-Maschine geknackt hatten. Das ist ein Beispiel für ein ethisches Dilemma.

SPIEGEL: Historiker sagen, Churchills Vorgänger Neville Chamberlain habe es als unnötig betrachtet, flächendeckend Luftschutzbunker zu bauen. Es sei sinnlos, so sein Argument, Millionen Briten vor Bomben zu retten, nur damit sie anschließend an Hunger und Krankheiten sterben.

Crisp: Aber diese Art zu denken und zu handeln ist nicht exklusiv britisch.

SPIEGEL: Sondern?

Crisp: Nehmen Sie Autos, die im Straßenverkehr viele Menschen verstümmeln und töten. Wir wissen um das Risiko, aber wir nehmen es in Kauf, weil wir denken, der Schaden wird durch den Gesamtnutzen für die Gesellschaft mehr als ausgeglichen. Wenn man so will, opfern wir also für diese Art der Fortbewegung Menschen, von denen viele womöglich nicht mal ein Auto

»Wir wissen um das Risiko, aber wir nehmen es in Kauf.«

haben oder den Autoverkehr ablehnen. Aber sie spielen keine Rolle.

SPIEGEL: Das Problem an Corona ist, dass es die Gesellschaft nicht zu abstrakten, sondern zu überaus konkreten Entscheidungen zwingt. Denken Sie an die Ärzte in Italien und anderswo, die längst entscheiden müssen, welche Patienten an Beatmungsgeräte angeschlossen werden und welche nicht. Gibt es in dieser Situation überhaupt ein Richtig oder Falsch?

Crisp: Es kommt darauf an, wie genau diese Entscheidungen gefällt werden. Wenn man die Patienten unterteilt in jene, denen noch geholfen werden kann, und jene, für die jede Hilfe wahrscheinlich zu spät kommt, klingt das vernünftig. Utilitaristen würden allerdings sagen, das ist das Einzige, das man tun sollte, wenn dabei unterm Strich am meisten Gutes herauskommt. Andere Leute würden widersprechen, dass jeder dieselben Rechte hat. Wieder andere könnten argumentieren, wir müssen das Leiden derer, denen es jetzt am schlechtesten geht, lindern und dürfen nicht die bevorzugen, denen es erst später noch schlechter gehen wird.

SPIEGEL: In der Krise sind praktisch alle Staaten mit rigiden Maßnahmen dazu übergegangen, ihre eigenen Bürger zu schützen. Fast alle europäischen Staaten haben die Außengrenzen geschlossen. Ist das gerechtfertigt?

Crisp: Aus einer objektiv utilitaristischen Sicht ist ein nationalistischer Ansatz nicht zu rechtfertigen. Nach dieser Lesart müsste es darum gehen, das Wohlbefinden aller Menschen zu mehren, unabhängig davon, woher sie kommen. Wir müssen jedoch akzeptieren, dass die wenigsten Menschen Utilitaristen sind. Es ist nun einmal so, dass die meisten eine größere Verbundenheit mit ihren Landsleuten empfinden.

SPIEGEL: Betreiben die Regierungen auch deswegen enormen Aufwand, um ihre über die Welt verstreuten Staatsbürger nach Hause zu holen, unabhängig davon, ob das Infektionsrisiko steigen könnte?

Crisp: Auch hier würden Utilitaristen argumentieren, dass das für sich genommen unvernünftig ist. Aber stellen Sie sich vor, welche Konsequenzen es hätte, wenn ein Land seinen eigenen Bürgern die Einreise verweigern würde.

SPIEGEL: Ist es aus Ihrer Sicht vertretbar, dass für Flüchtlinge aus Syrien und anderen Staaten nun praktisch alle Grenzen geschlossen sind?

Crisp: Ich denke, jeder Mensch, der noch über Anstand und Moralvorstellungen verfügt, wird sehen, dass Flüchtlinge in den vergangenen 20 Jahren absolut entsetzlich behandelt wurden. Das sollten nicht nur Utilitaristen feststellen – sondern wir alle.

SPIEGEL: Herr Professor Crisp, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.